Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14 Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ¼10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 29. | Dresden, Montag den 5. Februar 1912. | 23. Jahrg.

Unternehmerforderungen an den Reichstag.

Es ist recht bemerkenswert, wie sich die eigentlichen Interessenorgane des Unternehmertums zum neuen Reichstag stellen. Die Arbeitgeber-Zeitung, in der die kapitalistischen Interessen von dem bekannten Freiherrn v. Reiswitz eifrigst vertreten werden, wendet sich dagegen, daß jetzt im bürgerlichen Lager ein höchst unerfreuliches Streiten darüber stattfinde, wessen Schuldkonto am meisten bei der Herbeiführung der so außerordentlichen Erfolge der Sozialdemokratie belastet sei. Ebenso aber sei es „vollkommen überflüssig, ja geradezu gefährlich, wenn sich die einen wie die andern nunmehr mit der Behauptung weißzubrennen suchen, daß die Hauptschuld an dem bedauerlichen Wahlausgang der Regierung aufzubürden ist“.

Die Arbeitgeber-Zeitung weist nicht mit Unrecht darauf hin, daß die sozialdemokratischen Erfolge nicht, wie vielfach von liberalen Blättern gesagt wird, erst als Folge des Zusammenbruchs der Bülowschen Blockpolitik und der verfehlten Finanzgesetzgebung eingetreten seien. Habe doch schon sofort nach den Wahlen von 1907 die Sozialdemokratie neuen Aufschwung genommen, die Zahl ihrer Parteimitglieder sei gerade in jenen Jahren der Bülowära sehr schnell angewachsen. Auch mit einer „zündenden Wahlparole“ wäre nichts zu machen gewesen, meint die Arbeitgeber-Zeitung:

„Wenn des Bedauerns darüber kein Ende ist, daß die Reichsregierung nicht zu rechter Zeit mit einer zündenden Wahlparole hervorgetreten ist, so muß ihr doch das von vornherein als mildernder Umstand angerechnet werden, daß es ihr diesmal wirklich nicht leicht fallen konnte, nach dieser Richtung hin das erlösende Wort zu finden, nachdem erst fünf Jahre zuvor, und zwar obendrein noch mit rein äußerlichem Erfolge, ihre Stellungnahme zur innerpolitischen Konstellation in ganz bestimmter Weise festgelegt worden war; in einer Weise, deren den völlig veränderten Verhältnissen entsprechende Variierung nur zu leicht recht unerwünschte humoristische Wirkungen auslösen konnte.“

Noch bemerkenswerter ist es, daß die Arbeitgeberzeitung auch in sozialpolitischen Dingen mit den gegenwärtigen Regierungsmännern durchaus zufrieden ist. Früher hätten, so führt das Blatt aus, die verantwortlichen Instanzen falsche Auffassungen über die Sozialdemokratie gehegt; sie hätten sich durch „sehr einflußreiche akademische Kreise“ zu der falschen Ansicht verleiten lassen, daß man die Sozialdemokratie dulden müsse, weil sie doch auch Arbeiterinteressen vertrete und die revolutionären Allüren schließlich ablegen werde. Diese Auffassung sei aber als Irrtum erkannt worden. „Wir sind der festen Ueberzeugung,“ sagt das Blatt des Herrn v. Reiswitz, „daß man in den leitenden Kreisen schon längst zu der Erkenntnis der Tragweite des gekennzeichneten Irrtums gelangt ist.“ Ein anderes aber sei es, Fehler zu erkennen, und ein anderes, Fehler zu verbessern. Die gegenwärtige Lage auf innerpolitischem Gebiete sei nun leider so ungeeignet wie möglich „zur Inangriffnahme von entschiedenen Abhilfsmaßregeln“. Das heißt — und so entspricht es auch der wirklichen Lage der Dinge —: Die kapitalistischen Herren sind sich sicher, daß die Regierung Bethmann-Hollweg frei ist von jeder „akademischen“ Neigung, Arbeiterinteressen zu fördern, und bereit ist, jederlei aussichtsreiche „Abhilfsmaßregeln“ gegen die „sozialdemokratische Gefahr“ vorzunehmen.

Wer trägt denn nun aber nach Meinung des Unternehmerorgans die Schuld an den Erfolgen der Sozialdemokratie? Und wie soll erreicht werden, daß die Regierung in den Stand gesetzt wird, die Gebote des Unternehmertums zu erfüllen? Die Schuld soll an den „bürgerlichen Parteien“ selbst liegen. Diese sollen über ihren Hader hinwegkommen und endlich wieder jene Solidarität unter einander erreichen, „die einzig und allein der andernfalls unausbleiblichen politischen Katastrophe vorzubeugen imstande ist“. Wie aber soll diese Solidarität der bürgerlichen Parteien sich bewähren. Jetzt verrät uns die Arbeitgeber-Zeitung, worauf ihr alles ankommt? Die Sozialdemokratie fordere Sicherung des Koalitionsrechts für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, Reichsarbeitsamt und Arbeiterkammern, Ausbau der Gewerbeinspektion, Normalarbeitstag, weitere Verkürzung der Arbeitszeit in gesundheitsschädlichen Betrieben, Reform der Arbeiterversicherung, sie fordere Reichsvermögens- und Reichserbschaftssteuer und anderes mehr. Gegen diese Forderungen sich zu kehren, das sei die erste Pflicht aller bürgerlichen Parteien. Die Arbeitgeber-Zeitung ruft diesen Parteien zu:

„Liegt den bürgerlichen Parteien auch nur das geringste daran, daß die schon an sich durch die allgemeine Wirtschaftslage einer recht unsicheren Zukunft entgegengehende Gütererzeugung nicht vollends aus dem Sattel gehoben wird, dann werden sie nach allem sehr bald zu einer maßgebenden Revision ihres bisherigen Verhaltens gelangen und die Frontstellung wieder dahin nehmen müssen, wohin sie stets hätte genommen werden müssen: nämlich nach links. Ja, wir vertrauen sogar fest darauf, daß auch die von dem demokratischen Flügel des Linksliberalismus in letzter Zeit beobachtete Kampftaktik von diesem alsbald wieder zugunsten einhelliger Begegnung des sozialdemokratischen Verlangens allmählicher Abwürgung der bürgerlichen Gesellschaft aufgegeben wird.“

Es versteht sich, daß die Arbeitgeber-Zeitung, nachdem man in der Wahlzeit von der glänzenden Entwicklung des Wirtschaftslebens und der Steigerung des „Volkseinkommens“ geschwärmt hat, jetzt wieder von dem Elend redet, das über unsere armen Kapitalisten hereinbrechen wird, sofern nicht endgültig und absolut mit der verhaßten Sozialpolitik Schluß gemacht wird. Die bürgerlichen Parteien des letzten Reichstags haben wahrlich sozialpolitisch herzlich wenig geleistet und man sollte meinen, daß auch das einseitige Unternehmerblatt mit ihnen sehr zufrieden sein könnte. Aber nein, sie haben sich angeblich allzu sehr willfährig zu den sozialdemokratischen Forderungen verhalten. Das muß jetzt anders werden. Diese Parteien sollen eine „maßgebende Revision ihres bisherigen Verhaltens“ eintreten lassen. Sie sollen keinerlei Sozialreform, auch nicht die schwächlichste und oberflächlichste, betreiben, nicht einmal der Schutz der Arbeiter in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben darf fortgeführt werden. Parteien, die sich solchem Gebote des Unternehmertums nicht fügen würden, werden wüst bedroht, daß sie sich der „Abwürgung der bürgerlichen Gesellschaft“ schuldig machen.

Wenn, so beschließt die Arbeitgeberzeitung ihre Wahlbetrachtung, die Parteien in der von ihr gewünschten Art sich zusammenschließen, dann werde auch die Regierung wieder „aus ihrer bis dahin beobachteten Reserve heraustreten“. Dann werde die Regierung sich an die Spitze derer stellen, die „nicht länger gewillt sind, unser deutsches Vaterland zum Tummelplatz einer Horde von revolutionären Demagogen zu machen!“

Die Sprechweise des Unternehmerblattes entspricht sehr den Parteien von „Besitz und Bildung“! Doch wir schenken den noblen Leuten das. Es wird sich ja bald zeigen, in welchem Maße bei den bürgerlichen Parteien die Neigung vorhanden ist, die Rezepte des klassenbewußtesten Unternehmerorgans als die richtige Lehre aus dem Ergebnis der roten Wahlen von 1912 anzuerkennen. Neigungen dazu sind sicherlich, von den Konservativen ganz zu schweigen, bei dem Zentrum und den liberalen Parteien vorhanden. Es fragt sich nur, ob in diesen Parteien nicht auch Politiker vorhanden sind, die durch die Niederlagen, die gerade auch ein Trimborn und ein Wugdan erlitten haben, zu erheblich anderen Erkenntnissen geleitet werden. Ohne Zweifel haben neben anderen Ursachen just die mangelnde Sozialreform und die schon immer drohenden Scharfmacherpläne ein bedeutendes Teil zu den großen sozialdemokratischen Siegen beigetragen. Die Sozialdemokratie würde sich sicherlich auch in Zukunft gar nicht übel stehen, wenn die Vorschläge des Freiherrn von Reiswitz jetzt noch mehr Gehör finden sollten, als schon bisher. Es gibt noch immer viele Hunderttausende von Arbeitern, Angestellten und Beamten, die den bürgerlichen Parteien anhängen. Uns soll es recht sein, wenn man sie bis auf den letzten Mann in unsere Reihen treibt!

Ein Friedensangebot.

Mitte dieser Woche wird die neugewählte Volksvertretung eröffnet werden. Wir wissen heute noch nicht viel über die Arbeiten und Vorlagen, mit denen sie sich wird befassen müssen, aber eins wissen wir bestimmt: Der neue Reichstag wird neue Heeres- und Flottenrüstungen zu beraten haben. Darum ist es wohl kein Zufall, daß der englische Schatzkanzler Lloyd George gestern vor dem Londoner City-Publikum eine Aufsehen erregende Rede gehalten hat, in der er wieder einmal dem Weltfrieden, der Abrüstung, der internationalen Verständigung das Wort redete.

Lloyd George sagte:

Es hat niemals in der Geschichte eine Zeit gegeben, wo England besser gerüstet war, irgendeiner Gefahr zu begegnen. Wenn man verlangt, daß Ersparnisse in den Finanzen gemacht werden, so muß das Anwachsen der Rüstungen zum Stillstand gebracht werden. Solange aber Neid, Eifersucht, Furcht und Argwohn unter den Nationen nicht beseitigt sind, wird man das Anwachsen der Rüstungen nicht aufhalten. Das ist das erste, was man tun muß, und jetzt ist der günstigste Augenblick, es auszuführen, trotz zahlreicher entgegenstehender Faktoren. Wir sind nicht die einzigen, die die Gefahr erkennen, die aus der internationalen Atmosphäre entspringen kann. Trotz aller Begleitumstände, die wir bedauern, haben die jüngsten Ereignisse doch die Wirkung gehabt, die Aufmerksamkeit aller Nationen auf die Gefahren der Lage zu lenken. Ich will auf vergangene Dinge nicht zurückgreifen. Ich werde die Regierung nicht verteidigen oder andere kritisieren. Ich werde auch nicht mich selbst und das, was ich getan habe, verteidigen. Warum? Nicht, weil ich nicht bereit wäre, es zu tun, wenn ich es für wünschenswert erachtete, sondern weil ich überzeugt bin, daß man, je mehr man sich verteidigt, die Erregung noch hält. Ein sehr günstiger Umstand besteht: die Marokkofrage, die ständig eine Quelle der Erregung und der Feindschaft unter den Großmächten war, ist geregelt worden. Ein Abkommen ist zustande gekommen, das sowohl Frankreich wie Deutschland zum Vorteil gereicht und das auch die britischen Interessen nicht verletzt. Der Tag nach einem Streit ist nicht immer die schlechteste Zeit, Differenzen zu beseitigen. Ich glaube, daß es im Interesse Frankreichs, Deutschlands und Rußlands wie auch in unserem eigenen liegt, daß ein besseres Verstehen zwischen den Nationen bestehe. Das glaube ich aufrichtig und zuversichtlich. Es ist erreichbar. (Lebhafter Beifall.) Die Welt würde dadurch besser und reicher werden, die Steuern würden herabgesetzt werden können, und alles Geld, das an den Rüstungen gespart würde, könnte dazu benutzt werden, die Hilfskräfte des Landes zu entwickeln und die Lage des Volkes zu verbessern. Der Eckstein guter Finanzen ist Friede auf Erden und gegenseitiger guter Wille unter den Menschen.

Unsere nationalistische Presse gibt die englische Ministerrede wieder mit mehr oder weniger ironischen Kommentaren, in denen die Ehrlichkeit der Worte angezweifelt werden.

So schreibt die „Kölnische Volkszeitung“:

„Den schönen Worten traten unfreundliche Handlungen immer wieder entgegen, allüberall in der Welt wurde und wird von maßgebender englischer Seite Deutschland mit Mißtrauen und Quertreibereien begegnet, die aufreizend wirken müssen, weil Deutschland Englands politische Interessen tatsächlich nirgend schädigt, dafür aber stets solcher Schädigungen verdächtigt wird, weil Deutschland naturgemäß berechtigt ist, für seine Siedlungszwecke weitere Plätze an der Sonne zu suchen, während England trotz seines ungeheuren Länderbesitzes rund um die Erde fortgesetzt als Nimmersatt eine widernatürliche Ländergefräßigkeit an den Tag legt, die in gar keinem Verhältnis zu den Bedürfnissen seiner Bevölkerung steht.“

Mit so billigen imperialistischen Phrasen hat sich der größte Teil unserer bürgerlichen Presse immer bemüht, die Abrüstungsidee zu diskreditieren. Aber abgesehen davon, daß der Wunsch nach kapitalistischer Weltpolitik und Weiterrüstungen der Vater dieser Englandkrestereien ist, wäre ein zweifelndes Lächeln gegenüber Lloyd Georges Friedensrede zu verstehen, wenn man einzelne Phasen des verflossenen Marokkorummels überdenkt. Ein Kriegsrummel, der uns bewies, auf welchem Pulverfaß wir trotz aller hohen und höchsten Friedensreden sitzen, so lange sich das Kapital unter nationaler Flagge um die Beuteplätze des Weltmarktes zankt. Aber neben all diesen Gefahren haben sich in den letzten Jahren Erscheinungen gezeigt, die der Kulturmenschheit die internationale Verständigung erscheinen lassen als eine Notwendigkeit, die sich gegen alle nationalistische und kapitalistische Kriegstreibereien durchsetzen wird. Die Völker ächzen unter dem militaristischen Alp und gleichen Bettlern in klirrendem Waffenschmuck. Das neueste französische Heeresbudget weist eine Erhöhung um 25 Mill. auf und macht schon wieder eine Steuerreform notwendig. Und auch England kann die Drohung seiner nationalistischen Schreier, jedes neue deutsche Kriegsschiff mit zwei neuen englischen zu beantworten, nicht anders wahrmachen als durch eine stärkere Besteuerung der Besitzenden. Bedenkt man ferner, wie sehr das Börsenkapital international verbunden und verknotet ist, daß selbst eine Niederlage der als unsere „Feinde“ verschrienen westlichen Nachbarn den Bankrott zahlreicher einheimischer Finanzgruppen bedeuten müßte, daß ein moderner Krieg alle beteiligten Völker in Not, Elend, Ruin und innere Krisen stürzen müßte, so wird die Friedenssehnsucht vieler bürgerlicher Schichten verständlich und die Rede Lord Georges erscheint unter solchen Gesichtspunkten als eine Kundgebung, hinter der mehr als eine vernünftige Ministerregung steckt.

Zweifellos sind hüben und drüben noch starke kapitalistische Mächte am Werk, die daran interessiert sind, die Völker nicht aus Rüstungsfieber und Kriegswahn erwachen zu lassen. Unsere Desperadopolitiker glauben ja sogar die rote Flut mit einem „frischen, fröhlichen Kriege“ abdämmen zu können. „O Herr, gib wieder Krieg“, betete jüngst in der Post die Zuschrift eines Regierungsrates zum Himmel, und die schwarzblauen Blätter wissen, warum sie verrückterweise den Krieg bei jeder unpassenden Gelegenheit als „sittliche Kraft“ feiern.

All diesen Treibereien gegenüber ist es eine der heiligsten Pflichten der Sozialdemokratie, die Völker zur internationalen Verständigung aufzurufen, und auch darum erscheint Lloyd Georges Rede nicht als zusammenhanglose Zufälligkeit, weil sie gehalten wurde kurz nach dem Wahlsieg der deutschen Friedenspartei, der Sozialdemokratie, und einige Tage nach der großen Friedenskundgebung auf der Konferenz der englischen Arbeiterpartei.

Inzwischen geht der Amtsschimmel der in Berlin regierenden Bureaukratie in gedankenlosem Trab den umgekehrten Weg weiter. Der neue Reichstag wird neue Heeres- und Flottenvorlagen auf seinem Tisch finden, durch die für die Sicherheit Deutschlands nichts gewonnen, die Unsicherheit ganz Europas aber vermehrt wird. Die sozialdemokratische Fraktion wird es nicht unterlassen, diese verkehrte Politik mit der gewohnten grundsätzlichen Schärfe zu bekämpfen, und es wird interessant sein, zu beobachten, wie sich die bürgerlichen Parteien zu dem neuesten englischen Friedensangebot stellen werden.

Das Lehrlingswesen und die Berufserziehung.

2.

Eine gute berufliche Ausbildung ist heute mehr denn je zuvor notwendig im Interesse der Industrie, und vor allem im Interesse der Arbeiter selbst. Aber diese Ausbildung darf nicht auf untergehende Betriebsformen zugeschnitten, sondern muß den modernen Produktionsverhältnissen angepaßt werden. Die moderne Betriebsform ist die Fabrik mit ihrer Arbeitsteilung. Aber dennoch oder gerade deshalb darf die berufliche Ausbildung der Arbeiter keine einseitige sein, vielmehr

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120205/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG